



Der Landrat

Landkreis Spree-Neiße - Heinrich-Heine-Straße 1 - 03149 Forst (Lausitz)

An die Landwirte und Tierhalter
des Landkreises Spree-Neiße

Dezernat / I
Fachbereich:
Hausanschrift: **Heinrich-Heine-Str. 1
03149 Forst (Lausitz)**

Bearbeiter: Herr Lalk
Telefon: 03562 986-10101
Telefax: 03562 986-10188
E-Mail: dezernat1@lkspn.de

Die E-Mail Adresse dient nur für den Empfang einfacher
Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung.

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, unsere Nachricht vom

Datum

10.02.2020

Amtliche Anordnungen im Fall des Ausbruches der afrikanischen Schweinepest bei Wildschweinen und deren Folgen für Landwirte

Sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Wochen wurden mehrfach Bedenken, Ängste und Fragen hinsichtlich amtlich angeordneter Maßnahmen im Ausbruchsfall der afrikanischen Schweinepest (ASP) bei Wildschweinen an Mitarbeiter des Fachbereiches Landwirtschaft, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung und an mich gestellt. Im Fokus stehen hierbei hauptsächlich Fragen zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen und mögliche Entschädigungen bei Ernteaussfällen oder anderen erheblichen betrieblichen Einbußen durch tierseuchenrechtlich notwendige Anordnungen.

Ich möchte die folgenden Zeilen nutzen, Ihnen die Sachlage darzustellen, kann jedoch nicht auf alle Fragen eine endgültige Antwort geben.

Bei der afrikanischen Schweinepest handelt es sich um eine Viruserkrankung, welche bei (Wild-) Schweinen zum größten Teil in kurzer Zeit zum Tode führt. Das Virus wird hauptsächlich über bluthaltiges Material, den direkten Kontakt zu einem infizierten Kadaver, aber auch über virushaltige Fleischprodukte übertragen. Das Virus zeichnet sich durch eine sehr hohe Überlebensfähigkeit aus und kann aus diesem Grunde nicht nur mehr als einen Monat in gereifter roher Wurst (wie Salami oder Schinken) infektiös überleben, sondern auch in blutverseuchtem Erdboden über 200 Tage ein Infektionsrisiko für Schweine darstellen (Quelle: Friedrich-Loeffler-Institut).

Die ASP ist eine anzeigepflichtige Tierseuche und wird staatlich bekämpft. Grundlage der amtlich angeordneten Maßnahmen ist die Richtlinie 2002/60/EG des RATES, welche in der Verordnung zum Schutz gegen die Schweinepest und die Afrikanische Schweinepest (Schweinepest-Verordnung) national umgesetzt wurde.

Sprechzeiten:
Dienstag 08:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 18:00 Uhr
Donnerstag 08:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 16:00 Uhr
Internet: www.landkreis-spree-neisse.de

Gläubiger-Identifikationsnummer:
DE 75 SPN 0000076898
BIC: WELA DE D1 CBN
IBAN: DE88 1805 0000 3403 0000 86

Ist der Ausbruch der afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein amtlich festgestellt worden, legt die zuständige Behörde um die Fund- oder Abschussstelle folgende Restriktionsgebiete fest:

Ein gefährdetes Gebiet mit mindestens 15 km Radius um die Fundstelle. Dieses Gebiet soll eine Kernzone mit einem Radius von 3-5 km beinhalten. Dem gefährdeten Gebiet schließt sich eine Pufferzone an, welche mit einer Breite von mindestens 15 km das gefährdete Gebiet umschließt. Insgesamt erstreckt sich das Restriktionsgebiet auf einer Fläche von 30 km um den Fundort herum.

Für die einzelnen Zonen werden verschiedene Anordnungen (entsprechend der Schweinepest-Verordnung) getroffen, welche neben der Jägerschaft auch Sie als Landwirte betreffen werden. Auf detaillierte jagdliche Maßnahmen wird im Folgenden nicht näher eingegangen.

Die Anordnungen umfassen im Kerngebiet einen stark eingeschränkten bis vorübergehend untersagten Personen- und Fahrzeugverkehr, damit kein Virusmaterial z.B. über anhaftende Erde verschleppt wird. Regelungen für Anlieger- und Durchfahrtsverkehr auf Straßen werden in Abhängigkeit von der Lage der Kernzone getroffen. Umleitungen und Sperrungen sind dabei nicht ausgeschlossen. Sehr wahrscheinlich wird das Kerngebiet umzäunt um zu verhindern, dass infiziertes Schwarzwild die Kernzone verlässt. In diesem Gebiet wird zunächst eine absolute Jagdruhe herrschen. Eine Zeit in der intensiv und strukturiert nach Fallwild (hier: verstorbenen Wildschweinen) gesucht wird. Eine anschließende Jagd auf Schwarzwild soll mögliche infizierte, jedoch noch nicht erkrankte Wildschweine eliminieren. Jagdliche Strategien werden in enger Zusammenarbeit mit der unteren Jagdbehörde und den betroffenen (ortkundigen) Jagdausübungsberechtigten besprochen.

Im gesamten gefährdeten Gebiet gilt, dass Gras, Heu und Stroh, welches in diesem Bereich gewonnen worden ist, nicht zur Verfütterung oder als Einstreu/Beschäftigungsmaterial für Schweine verwendet werden darf (Ausnahmen sind möglich, aber an strenge Auflagen geknüpft).

Die zuständige Behörde hat zudem die Befugnis, die Nutzung landwirtschaftlicher oder forstwirtschaftlicher Flächen im gefährdeten Gebiet für längstens 6 Monate zu beschränken oder zu verbieten. Je nach Seuchenlage, kann diese Anordnung nochmals getroffen werden. Zudem kann das Anlegen von Brachflächen und/oder Jagdschneisen angeordnet werden.

Die Pufferzone ist als Überwachungszone zu sehen. Bestimmte Anordnungen, die für das gefährdete Gebiet zu treffen sind, können auch auf die Pufferzone ausgedehnt werden. So kann beispielsweise für die Verwendung von Gras, Heu und Stroh, welches in dieser Zone gewonnen wird, ebenfalls ein Verbot der Nutzung in Schweinehaltungen ausgesprochen werden.

Anhand der beschriebenen Dimensionen ist ersichtlich, dass fast der gesamte Landkreis Spree-Neiße/Wokrejs Sprjewja-Nysa und die Stadt Cottbus in einem Restriktionsgebiet liegt, sollte ein ASP-positives Tier zentral in unserem Zuständigkeitsbereich gefunden werden.

Die getroffenen Maßnahmen sind landkreisübergreifend gleich, da sie gesetzlich vorgeschrieben sind.



Es gibt sehr viele verschiedene Szenarien und unsere dann zu treffenden Maßnahmen werden sich an die aktuelle Situation und die Möglichkeit der Erregerverschleppung anpassen.

Ich kann Ihnen zusichern, dass die Entscheidungen nicht willkürlich, sondern gut durchdacht und der effektiven Tierseuchenbekämpfung dienlich, getroffen werden.

Sie werden als eventuell betroffene Landwirte informiert und bei Bedarf für die sach- und fachkundige Beratung um Hilfe gebeten.

Es wurde die Frage nach der Überlebensfähigkeit des ASP-Virus im Magen-Darm-Trakt von Aasfressern gestellt.

Das ASP-Virus ist stabil bei pH-Werten zwischen 4 und 10. Im Magen von Aasfressern finden sich pH-Werte weit unter 4. Insofern sollte eine Übertragung durch diese Tiere über Ausscheidungen als weniger relevant einzustufen sein. Virusmaterial, das in Blutropfen am Fell oder Gefieder anhaftet ist von dieser Annahme ausgenommen. Einschränkend ist zu sagen, dass die Beantwortung dieser Frage eine fachliche Auffassung der Veterinärbehörde darstellt.

Bezüglich einer Entschädigung:

Für die Klärung von Sachverhalten über Fragen von Entschädigungen sind Abstimmungen mit der Landesregierung/Bundesregierung notwendig und erforderlich. Nach Vorliegen von belastbaren Informationen werde ich erneut berichten. Ein grundsätzlicher Ersatzanspruch des Eigentümers oder Besitzers besteht nach § 6 Abs.8 Tiergesundheitsgesetz für entstanden Aufwand und Schaden. Aber für Ausfälle und Schäden sollten auch versicherungsrelevante Überlegungen durch die Unternehmen geprüft werden. Wichtig ist zu wissen, dass Eingriffe in Eigentumsverhältnisse immer angemessen und die Notwendigkeit für die Tierseuchenbekämpfung hinreichend begründet sein müssen. Daher dürften Maßnahmen solcher Art auf das äußerst Notwendige beschränkt sein.

Ich verweise an dieser Stelle auf einen ausführlichen Artikel in der Zeitschrift „Amtstierärztlicher Dienst und Lebensmittelkontrolle“ 4/2019 S. 208, der als Anlage beigelegt ist.

Der Dialog zu den vorgesehenen Entschädigungsregelungen im Land Brandenburg sollte unabhängig von der Verwaltung auch durch die Verbände der Landwirte mit den zuständigen Landesbehörden geführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Harald Altekruiger
Landrat

Ausgleich für Nutzungsbeschränkungen bei ASP

Compensation for use restrictions in case of ASF

Friederike Hahn

Schlüsselwörter: Nutzungsbeschränkung, Nutzungsverbot, angemessener Ausgleich, Afrikanische Schweinepest

Zusammenfassung: Für angeordnete Nutzungsbeschränkungen oder Nutzungsverbote land- oder forstwirtschaftlicher Flächen im Rahmen der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest kann ein angemessener Ausgleich verlangt werden. Die Voraussetzungen für einen solchen Anspruch werden im folgenden Artikel unter Berücksichtigung des Gefahrenabwehrrechts Sachsen-Anhalt näher betrachtet.

Key Words: use restriction, use ban, adequate compensation, African swine fever

Summary: An adequate compensation for the restriction or ban of the use of agriculture or forestry areas in case of African swine fever can be required. The conditions of such a compensation are considered in this present text under regarding of the legislation of Saxony-Anhalt.

Einleitung

Ist der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest bei einem Wildschwein amtlich festgestellt, so legt die zuständige Behörde ein Gebiet um die Abschuss- oder Fundstelle als gefährdetes Gebiet fest (§ 14d Abs. 2 Nr. 1 Schweinepest-Verordnung).

Soweit es aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung erforderlich ist, kann die zuständige Behörde für das gefährdete Gebiet die Nutzung landwirtschaftlicher oder forstwirtschaftlicher Flächen für längstens sechs Monate beschränken oder verbieten (§ 14d Abs. 5a Nr. 1 Schweinepest-Verordnung). Diese Anordnung kann erneut getroffen werden.

Sofern diese Beschränkung der Nutzung oder das Verbot der Nutzung (nachfolgend nur Beschränkung genannt) erfolgt, kann der Eigentümer oder Besitzer eines landwirtschaftlichen oder forstwirtschaftlichen Grundstücks (nachfolgend Landwirt genannt), für den ihm hierdurch jeweils entstehenden Aufwand oder Schaden Ersatz nach den jeweiligen landesrechtlichen Vorschriften über die Inanspruchnahme als Nichtstörer verlangen (§ 6 Abs. 8 Tiergesundheitsgesetz – TierGesG).

Aufwand, Schaden und Ausgleich dessen

Ein Schaden ist eine unfreiwillige Einbuße an einem durch die Rechtsordnung geschützten Gut oder Interesse. Im Gegensatz zum Schaden bezieht sich Aufwand allgemein auf den Einsatz von Geld, Arbeitsstunden, Materialbedarf usw. und umfasst auch den Begriff Aufwendungen. Aufwendungen sind freiwillige Vermögensopfer, die im Vertrauen auf den späteren Erhalt einer Leistung erbracht werden.

Dabei führt der Wortlaut des § 6 Abs. 8 TierGesG: „für ... Schaden Ersatz verlangen“ nicht zu einer Ausgestaltung im Sinne des Schadensersatzes nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB).

Eine Pflicht zum Schadensausgleich des Staates kann für rechtmäßiges Handeln, z. B. einem enteignenden Eingriff oder für rechtswidriges Handeln, z. B. einem enteignungsähnlichen Eingriff, bestehen. Bei schuldhaftem Handeln kommt zudem ein Amtshaftungsanspruch in Betracht. Die Pflicht zum Schadensausgleich knüpft an den allgemeinen Aufopferungsgedanken der §§ 74, 75 der Einleitung des preußischen Allgemeinen Landrechts an: Sofern der Bürger für das Gemeinwohl ein Sonderopfer erbringt, soll er hierfür angemessen entschädigt werden.

Vorliegende Fallkonstruktion geht von einem rechtmäßigen Handeln der zuständigen Behörde aus und durch die gesetzliche Verankerung des Ausgleichsanspruchs über die landesrechtlichen Vorschriften greifen andere mögliche Anspruchsgrundlagen für einen Schadensausgleich nicht.

Landesrechtliche Vorschriften des Polizei- und Ordnungsrechts über die Inanspruchnahme als Nichtstörer sehen in der Regel keine Entschädigung eines Aufwands vor. Dies ist in diesem Zusammenhang jedoch unerheblich, da es sich hier um eine Rechtsfolgenverweisung aus dem TierGesG handelt. Das heißt, im TierGesG werden die tatbestandlichen Voraussetzungen aufgestellt, hinsichtlich der Rechtsfolge wird jedoch auf die landesrechtlichen Vorschriften verwiesen. Die Rechtsfolgen landesrechtlicher Vorschriften treten somit ein, wenn die tatbestandlichen Voraussetzungen des TierGesG vorliegen.

Für Sachsen-Anhalt finden sich die Vorschriften zum Schadensausgleich sowie

zum Erstattungs- und Ersatzanspruch für die Inanspruchnahme als Nichtstörer in den §§ 69 ff im Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA). § 4 Abs. 1 SOG LSA stellt klar, dass das SOG LSA subsidiären Charakter gegenüber Spezialgesetzen hat und, soweit Spezialgesetze keine abschließenden Regelungen enthalten, dass das SOG LSA ergänzend anzuwenden ist. Spezialgesetzliche Regelungen finden sich nicht. Die Rechtsfolgen des SOG LSA treten daher ein, wenn die tatbestandliche Voraussetzung des TierGesG, also ein Aufwand oder Schaden durch die rechtmäßige Nutzungsbeschränkung, vorliegt. Der Tatbestand des SOG LSA muss nicht erfüllt sein.

Rechtsfolge aus § 69 SOG ist die Gewährung eines angemessenen Ausgleichs. Art und Umfang des Ausgleichs richten sich nach § 70 SOG LSA. Danach wird nicht voller Schadensersatz, aber auch nicht nur eine „billige Entschädigung in Geld“ gewährt. Die Vorschrift sieht eine umfassende Interessenabwägung vor. Bei der Bemessung des Ausgleichs sind alle Umstände zu berücksichtigen, insbesondere Art und Vorhersehbarkeit des Schadens und ob der Geschädigte oder sein Vermögen durch die Maßnahme geschützt worden ist. Hinsichtlich des Mitverschuldens des Geschädigten beim Entstehen des Schadens gilt § 254 BGB entsprechend. Dies berücksichtigt den Rechtsgedanken, dass derjenige, der die Sorgfalt außer Acht lässt, die nach der Lage der Sache erforderlich scheint, um sich selber vor Schaden zu bewahren, den Verlust oder die Kürzung seiner Ansprüche hinnehmen muss. Dies gilt unter Umständen auch dann, wenn der Geschädigte es unterlassen hat, auf die Gefahr eines ungewöhnlich hohen Schadens aufmerksam zu machen, oder dass er es unterlassen hat, den Schaden abzuwenden oder zu mindern, obwohl er hierzu in der Lage gewesen wäre.

Der angemessene Ausgleich wird grundsätzlich in Geld gewährt. Für entgangenen Gewinn, der über den Ausfall des gewöhnlichen Verdienstes oder Nutzungsentgelts hinausgeht, und für Nachteile, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Maßnahme stehen, ist ein Ausgleich nur zu gewähren, wenn und soweit dies zur Abwendung unbilliger Härten geboten erscheint.

Zum Überschlag der Haushaltsausgaben wurde in der Begründung des Gesetzes zur Änderung des Tiergesundheitsgesetzes und des Bundesjagdgesetzes (Drs. 19/2977

vom 26.06.2018) zum entsprechenden Aufwand bzw. Schaden auf Standarddeckungsbeiträge KTBL (Kuratorium für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft) vom Wirtschaftsjahr 2015/1016 Bezug genommen. Standarddeckungsbeiträge nach KTBL können unter folgender Adresse ermittelt werden: <https://www.ktbl.de/webanwendungen/standarddeckungsbeitraege/>. Der Standarddeckungsbeitrag nach KTBL unterscheidet sich deutlich nach Region und Jahr. Er wird ermittelt, indem aus erzeugter Menge (Körnermais o.ä.) multipliziert mit dem dazugehörigen Preis als geldliche Bruttoleistung die zurechenbaren variablen Spezialkosten abgezogen werden.

Es ist somit gut vertretbar, regional begründete, aktuelle Standarddeckungsbeiträge der KTBL als einen angemessenen Ausgleich aufzufassen.

Bei einem angenommenen Kerngebiet mit einem Radius von 4 km, also einer Fläche von 5.000 ha und unter der eher unwahrscheinlichen Annahme, dass ein komplettes Nutzungsverbot erfolgen muss, würde der Landwirt für Körnermais einen Ausgleich in Höhe von 608 Euro/ha, d. h. insgesamt gut 3 Mio. Euro erhalten (Berechnung nach KTBL für Sachsen-Anhalt, Wirtschaftsjahr 2017/18).

Wenn der Landwirt auf eine andere Weise Ausgleich erlangt hat, etwa durch einen zivilrechtlichen Anspruch, entfällt der Anspruch auf einen angemessenen Ausgleich.

Ansprüche des Landwirts aus dem SOG LSA

Es stellt sich die Frage, ob der Gesetzgeber die Regelung im TierGesG hätte treffen müssen und nicht allein schon aus den landesrechtlichen Vorschriften ein Anspruch des Landwirts bestünde. Es hätte im Falle einer fehlenden Regelung zunächst ermittelt werden müssen, ob tatsächlich eine gesetzgeberische Lücke vorläge und somit das SOG LSA Anwendung finden könnte. Oder, ob es gerade keine gesetzgeberische Lücke gäbe und der Gesetzgeber davon ausgegangen wäre, dass eine zeitliche Beschränkung der Nutzung durch die Sozialpflichtigkeit des Eigentums begründet ist. Käme das Ergebnis der rechtlichen Prüfung auf ein Bestehen einer Regelungslücke, wäre gemäß § 69 SOG LSA jemandem, der infolge einer rechtmäßigen Inanspruchnahme nach § 10 SOG LSA (Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen) einen Schaden erleidet, ein angemessener Ausgleich zu gewähren.

Dazu dürfte der Landwirt nicht durch sein Verhalten bzw. als Person eine Gefahr verursachen (§ 7 SOG LSA) und auch nicht verantwortlich sein für den Zustand von Tieren und Sachen (§ 8 SOG LSA), von welchem eine Gefahr ausgeht.

Durch sein Verhalten, z. B. verstärkter Maisanbau, könnte der Landwirt zu einer

Vermehrung der Wildschweinbestände beigetragen haben. Zu dem Schluss, dass dadurch die Gefahr einer Tierseuche verursacht wird, kommt man jedoch nicht. Die Afrikanische Schweinepest wird durch das Virus verursacht und nicht das Wildschwein. Eine Verantwortlichkeit aus § 7 SOG LSA scheidet also aus.

Der Landwirt könnte nach dem Recht der Gefahrenabwehr verantwortlich für den Zustand von Tieren und Sachen als Inhaber der tatsächlichen Gewalt sein.

Auch ASP-infizierte Wildschweine sind herrenloses Wild. Selbst das Aneignungsrecht für lebende oder tote Wildschweine steht dem Grundstückbesitzer nicht zu, sondern nur dem Jagdausübungsberechtigten. Eine Verantwortlichkeit des Landwirts für den Zustand der Wildschweine ist somit nicht gegeben.

Der Landwirt könnte aber verantwortlich sein für den Gefahrenzustand „ASP“ seines Grundstücks. Eine Verantwortlichkeit des Grundstückseigentümers ist jedoch bei öffentlich zugänglichen Gebieten grundsätzlich (Ausnahme: befriedete Besitztümer) zu verneinen. Erstens, weil vom Grundstück selbst keine Gefahr ausgeht und lebende oder tote infizierte Wildtiere nicht dem Grundstück zugerechnet werden können. Zweitens, weil kein Gesetzesverstoß auf Seiten des Grundstückseigentümers vorliegt (klassisch wäre die Verletzung der Verkehrssicherungspflicht) und drittens, weil die Sozialbindung des Eigentums kaum so weit gehen wird, dass der Grundstückseigentümer für die Folgen einer Tierseuche wirtschaftlich einzustehen hat.

Das Vorliegen der weiteren Voraussetzungen des § 10 SOG LSA für eine rechtmäßige Inanspruchnahme ist nicht strittig, so dass die Rechtsfolge aus § 69 SOG eintritt. In diesem Fall jedoch, wie bereits erwähnt, sieht das SOG LSA einen angemessenen Ausgleich nur für einen erlittenen Schaden vor, nicht jedoch für einen Aufwand.

Ermessen der Behörde und Ausgleichspflichtiger

Die Anordnung der Inanspruchnahme steht im Ermessen der zuständigen Behörde. Die Nutzungsbeschränkung muss zur Tierseuchenbekämpfung erforderlich sein. Die Maßnahme muss daher geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Zur Unterstützung der Behörde bei der Festlegung der Maßnahmen ist die Sachverständigengruppe bestehend aus Tierärzten, Jägern und auf wild lebende Tiere spezialisierte Biologen und Epidemiologen einzusetzen (vgl. Art. 15 und 22 Richtlinie 2002/60/EG). Zweifel an der grundsätzlichen Eignung einer Nutzungsbeschränkung zur Bekämpfung der ASP durch die Vermeidung des Aufschehens des Wildes und damit einer Verbrei-

tung des Virus, sind nicht zu erkennen. Mit Unterstützung der Sachverständigengruppe wird die zuständige Behörde in die Lage versetzt, die Nutzungsbeschränkung so zu gestalten, dass sie den Rahmen der Erforderlichkeit nicht überschreitet und somit ein milderer Mittel zum Erreichen des angestrebten Zwecks nicht gegeben ist. Die Maßnahme kann auch nicht als unverhältnismäßig im engeren Sinne angesehen werden, obwohl sie in beträchtlichem Maße in das Eigentumsrecht eingreift. Angesichts der gegenwärtigen erheblichen Gefahr einer Verbreitung einer Tierseuche stellt die Nutzungsbeschränkung und die Art ihrer Durchführung keine dazu völlig außer Verhältnis stehende Grundrechtsbeeinträchtigung dar.

Die Körperschaft, deren Bediensteter die zum Schadensausgleich verpflichtende Maßnahme getroffen hat, ist zum Ausgleich des Schadens unter Beachtung der §§ 69 bis 72 SOG LSA verpflichtet. Die Haftung trifft die Körperschaft, die den Bediensteten „angestellt“ hat (§ 73 Abs.1 SOG LSA).

Abschließend soll nicht unerwähnt bleiben, wie wichtig für den Landwirt eine schnelle Schadensregulierung ist.

Anschrift des Verfassers:

Friederike Hahn
Tierärztin in Weiterbildung zur Fachtierärztin für öffentliches Veterinärwesen in Sachsen-Anhalt
E-Mail: Friederike.Hahn@web.de

Dieser Artikel gibt die Privatmeinung der Autorin wieder und spiegelt nicht unbedingt die Meinung des Landes Sachsen-Anhalt.

Wenn wir groß sind ...



... werden wir Landschaftsgärtner, wie alle unsere Verwandten.

Schützen Sie die Helmkaasare und damit auch den Regenwald.

Einfach unter www.aga-artschutz.de

AGA

Aktiongemeinschaft Artenschutz e.V.
Action Campaign for Endangered Species